

## Protokollauszug

aus der

50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 08.05.2019

öffentlich

Top 9.28 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII
19/SVV/0459
ungeändert beschlossen

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Finanzen, Investition und Controlling, Herrn Exner, eingebracht und anschließend zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, für die Landeshauptstadt Potsdam als Mandatierende mit dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB IX, SGB XI und dem SGB XII abzuschließen.